Humboldt-Universität
zu Berlin
Universitätsbibliothek

1

Der Besteller erklärt, daß bei seinem Auftrag die Voraussetzungen vorliegen, unter denen die Anfertigung von Kopien nach dem Urheberrechtsgesetz (insbes. §§ 53, 54) zulässig ist.
Er stellt die Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin von allen Ansprüchen Dritter frei.

Politik und Moral

Rede

bei dem Antritt des Rektorates der
Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

am 25. September 1918

von

Reinhold Seeberg

KGL. TIERÄRZTL. HOCHSCH. BIBLIOTHEK
ungültig

Berlin 1918

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt

UNIVERSITÄTS-BIBLIOTHEK BERLIN

Die beiden ersten Abschnitte wurden bei dem Halten der Rede stark verkürzt. Im übrigen ist sie so gehalten, wie sie Anfang September niedergeschrieben wurde.

A 1963 : 2060

KÖNIGL. TIERÄRZTL. HOCHSCHULE BIBLIOTHEK
gültig 21/52

Hochansehnliche Versammlung!
Kollegen, Kommilitonen!

Nach altem Brauch eröffnet der sein Amt antretende Rektor das neue Studienjahr mit einer Rede, die den Zusammenhang seines besonderen Arbeitsgebietes mit den allgemeinen Interessen der Wissenschaft oder der Zeit veranschaulicht. So lassen Sie auch mich in dieser Stunde von einer Frage zu Ihnen sprechen, die in den Tagen des Weltkrieges aller Interesse in Anspruch nimmt. Es ist die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Moral.

1.

Zwei Begriffe weitesten Umfanges sind damit vor unser Auge gestellt. Ihnen ist gemeinsam, daß sie das Verhalten und Handeln der Menschen bestimmen. Moral soll das Verhalten jeder einzelnen Seele leiten, Politik regiert das gemeinsame Schaffen und Wirken eines Volkes. Beide Begriffe sind uns geläufig. Trotzdem wird es sich empfehlen, zunächst ihren Sinn etwas genauer zu erwägen.

Politik und Moral wurzeln beide in den Tiefen der menschlichen Naturanlage. Der Mensch, wie wir ihn kennen, ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein moralisches Lebewesen. Wir Menschen sind von urher bestimmt zu einem Leben wechselseitiger Gemeinschaft. In jedem Menschen ist

daher irgendwie der Trieb wirksam, für andere zu leben und zu wirken. Dieser Trieb läßt uns sowohl darnach trachten, auf andere Personen einzuwirken, als auch uns selbst ihren Wirkungen zu unterstellen. Hierin ist sowohl das moralische wie das politische Handeln begründet. Nun wird aber dieser Trieb zum Handeln dadurch besonders bestimmt, daß wir von innen her genötigt sind, ein absolutes Ziel unseres Handelns, ein höchstes Ideal zu suchen. Dies absolute Ziel ist als solches gemeingültig. Es fordert daher nicht nur die Leitung unseres eigenen Wollens, sondern treibt uns auch an, alle Menschen ihm zu unterwerfen. Wie wir selbst aber dies Ziel, eben weil es nicht empirisch oder vorteilhaft und nützlich, sondern rein ideal ist, nur in der Form freien Wollens zu ergreifen vermögen, so können wir auch keinen anderen Menschen ihm zwangsweise unterwerfen. Wir haben daher keine andere Möglichkeit, andere Personen für dieses höchste Ideal zu gewinnen, als die persönliche Hingabe an sie, den Dienst an ihrer Seele. Die Richtung unseres eigenen Willens auf das absolute Ideal ist also zugleich Richtung auf das Wollen unserer Mitmenschen. Dies beides ist in der Moral zusammengefaßt.

Wir stehen also unter dem Einfluß eines unwandelbaren inneren Sollens, aber erleben zugleich in dessen Befolgung das erhebende Bewußtsein der Hoheit innerer Freiheit. So vereinigen sich in der Moral der höchste Idealismus eines absolut verpflichtenden transzendentalen Zieles, das Gefühl freier über den bloßen Naturzusammenhang erhabener Geistigkeit und das Wohlwollen oder die fördernde Liebe anderen geistigen Wesen gegenüber.

Es ist selbstverständlich, daß diese Züge je nach der Kulturstufe und Kulturart, die ein Volk inne hat, sich in sehr verschiedenen, abgestuften konkreten Formen darstellen werden. Es wird zur Veranschaulichung dieser Gedanken förderlich sein, wenn wir sie auf die unsere Kultur überall in irgendeinem Grade bestimmende christliche Moral anwenden. Hier wird als Ziel des sittlichen Strebens das Reich Gottes hingestellt als eine Gemeinschaft, deren Glieder im unmittelbaren Erleben des erlösenden göttlichen Herrscherwillens Gott dadurch dienen, daß sie einander lieben. In diesen Kreis höchster Geistigkeit und innerer Freiheit einzutreten und andere ihm zuzuführen, soll das Ziel jedes Menschen sein. Da aber das Ziel nur erreicht werden kann, wenn der Mensch die Not und Sorge seines äußeren Lebens zu überwinden vermag, so ist die Dienstwilligkeit und Hilfsbereitschaft auf allen Gebieten des Lebens miteingeschlossen in die sittliche Liebe. Eine solche Liebe, die die Persönlichkeit in dem Mitmenschen ehrt, indem sie ihrem höchsten Bedarf entspricht und die zugleich alle äußeren Mittel für diesen Zweck in Bewegung zu setzen bereit ist unter Hingabe des eigenen Lebens mit allen seinen Mitteln und Gütern — das ist es, was uns doch zumeist in einem gewissen Grade vorschwebt, wenn wir von Moral sprechen.

Wir nennen das moralische Handeln auch gutes Handeln. Dadurch gewinnt aber der Begriff der Moral ein noch schärfer zugespitztes Profil. Dem Guten steht als Widerspiel das Böse gegenüber. In der menschlichen Seele liegt neben dem Antriebe für andere zu sein, ein anderer radikaler Trieb. Man kann ihn als Selbstsucht bezeichnen. Er bestimmt das mensch-

liche Wollen und Handeln in einer der Moral direkt zuwiderlaufenden Weise. Alle Kräfte der Person und alle ihre Beziehungen zu anderen Personen trachtet er auszunutzen zu der Befriedigung der eigenen Begierden. Das verpflichtende Ideal wird ersetzt durch die Gier nach eigenem Glück. Statt daß man jenem Ideal und allen, die ihm zugeführt werden sollen, dient, läßt man alle Dinge dem eigenen Glück dienen. Das ist das Böse. Es erniedrigt das Leben, indem es seine edelste Schwungkraft lähmt und es läßt das Leben verarmen, indem es den Menschen innerlich isoliert.

Aber von klein auf ist dieser böse Trieb, der sich übrigens sehr scharf von der Selbsterhaltung unterscheidet, in der Seele wirksam. Wie etwas Naturgemäßes und Selbstverständliches erscheint er ihr und auf alle Lebensbeziehungen trachtet sie ihn zu erstrecken. Aber gerade der innere Widerspruch, der hierdurch in die Seele kommt mit all seinen Irrungen und Spannungen, trägt dazu bei, in dem Menschen das Bewußtsein der eigenartigen Hoheit seines moralischen Wesens zu erhalten.

2.

Für andere sein und für sich sein, gut und böse sein — so hörten wir. Ist es nun aber menschliche Anlage, für andere zu sein, so werden notwendig die anderen auch für mich sein. Das führt uns aber zu einem weiteren Zusammenhang. Es entsteht eine umfassende menschliche Gemeinschaft. Keine solche Gemeinschaft kann bestehen ohne eine Ordnung der wechselseitigen Beziehung der in ihr vereinigten wollenden Wesen. Aber diese Willensvereinigung hat einen ganz anderen

Charakter als die freie moralische Beziehung zweier Willen zueinander. Diese ist frei oder sie ist überhaupt nicht, jene dagegen besteht, sofern die Willen sich einer äußeren gegebenen Form des Handelns unterordnen. Das ist die soziale oder staatliche Form der Willensvereinigung. In der Moral handelt es sich um die freiwillige Förderung eines anderen Willens, ohne auf irgendeine Gegenleistung von seiner Seite her zu rechnen. Das Böse war die freiwillige selbstsüchtige Hemmung des anderen Willens. Die staatliche Gemeinschaft der Menschen dagegen ist der Ausdruck des Gesamtwillens eines Volkes, der den einzelnen Willen das zu dem Bestand des Ganzen notwendige gegenseitige Verhalten vorschreibt.

BIBL.

Aber auch diese Form des menschlichen Lebens ist nicht etwa ein Produkt zufälliger Überlegungen — ein bellum omnium contra omnes hat es ebensowenig jemals gegeben als einen contrat social —, sondern eine in der menschlichen Anlage begründete und daher lebensnotwendige Existenzform. Es ist das staatliche Leben. Viele freiwollende, ja selbstsüchtige Wesen machen eine Lebenseinheit aus, die wie alles Leben sich mit einer gewissen Regelmäßigkeit entfaltet. Die Einheit dieser großen Willensgenossenschaft ist einerseits natürlich begründet auf der Gemeinsamkeit von Boden und Klima, von Blutmischung und Schädelbildung, andererseits beruht sie auf der Gemeinsamkeit der geistigen Richtung, wie sie in der Geschichte geworden ist. So kommt in die Vielheit der Willen eine gemeinsame Lebensrichtung. Derselbe Takt beherrscht die Bewegung der vielen und die gleichen Maßstäbe regeln ihre Gedankenbildung und Urteile.

Jedoch, diese Einheit ist keineswegs eine konstante Größe.

Niemand ist es gelungen, das Gesetz ihrer Entwicklung zu ermitteln. Es gibt immer Einzelwillen, die sich der Leitung des Gesamtwillens entziehen wollen. Oft tauchen in dem breiten Strom der Entwicklung Einzelströmungen auf, die sich dem Rhythmus der Gesamtbewegung nicht fügen. Fast immer prallen die Wogen der Entwicklung in hartem Stoß aneinander, wenn aus den Zukunftstendenzen der geschichtlichen Vergangenheit konkrete Gegenwartsziele werden sollen. Es ist der Konflikt zwischen dem die Entwicklung leitenden Gesamtwillen und dem Gegenwartswillen einer Generation.

Dieses ungeheure Ganze, das sich in tausend und abertausend Gliedern regt, die scheinbar alle nur ihr Sonderdasein führen, ja auseinander streben, ist aber dennoch durchdrungen von der Einheit eines geistigen Willens. Es ist ein Leben, das seine Glieder durchdringt und auch die extravagantesten unter ihnen sich schließlich einordnet. Es ist ein Leben, das trotz des Eigenwillens der einzelnen Menschen durch alle Krisen der Geburten neuer Gegenwarten hindurch sich, ständig fortschreitend, entfaltet. Dieses geschichtliche Gesamtleben ist der Staat als die wirksame Einheitsform aller Lebensfunktionen eines Volkes. Die Tätigkeit aber, die die Vielheit der Glieder und Gruppen, der Interessen und Parteien bewußt oder willentlich zur Einheit des geschichtlichen nationalen Lebens hinführt, ist die Politik. Ihr Hauptträger ist die Regierung samt all den Hilfs- und Kontrollorganen, die ihr zur Seite stehen.

Die Politik ist also zunächst im Sinne der sogenannten inneren Politik zu verstehen. Und hierin besteht in der Tat ihr Wesen. Sie ist die Leitung und Erhaltung der Kraft und Einheit des Lebens einer Nation in Beharren und Fortschritt. Da nun aber bei höherer Entwicklung der Kultur das Leben eines Volkes stets in vielseitigem Zusammenhang zu dem Leben der anderen Völker steht, so tritt die äußere Politik als eine notwendige Ergänzung zu der inneren Politik hinzu. Wer den gesicherten Fortschritt des Lebens seines Volkes erstrebt, muß zugleich für ein Verhältnis zu den übrigen Nationen Sorge tragen, das diesen Fortschritt ermöglicht. Daher ist ein allseitig ehrlich gewollter Friede das Ziel der äußeren Politik. Diesem Zweck dient auch der Krieg.

3.

Politik und Moral! Die Eigenheit beider Begriffe erfassen heißt den Gegensatz erkennen, der sie trennt. Auf seiten der Moral liegt alles das, was uns edel und erstrebenswert erscheint, Liebe, Wohlwollen, Hingabe, Aufopferung. Auf der Seite der Politik sehen wir die Rücksichtslosigkeit und den unbarmherzigen Egoismus der einander bekämpfenden Parteien und Völker. Hier erscheint es als Pflicht, den Gegner so empfindlich als möglich zu treffen und das Leben anderer zu zerstören, um sich selbst zu behaupten. Dazu kommt die Hinterlist und Lüge der Diplomaten, die leere Aufgeblasenheit der Bureaukraten, der Obskurantismus der Parteilöwen. Es ist aber eine, freilich erklärliche, Täuschung, wenn man so tut, als hafteten die abstoßenden Züge bloß an der äußeren Politik, weil sie es zu Kriegen kommen läßt. In weniger großen und auffallenden Dimensionen treten uns die nämlichen Züge aber auch in der inneren Politik entgegen und das kann nicht anders sein, denn sie ist die eigentliche Politik. Es ist wichtig, hieran festzuhalten, wenn man nicht rettungsloser Konfusion

anheimfallen will, wie sie in den aufgeregten Gefühlsurteilen von heute und gestern zutage treten. Nicht erst der Krieg schafft die harten Rätsel des menschlichen Gemeinschaftslebens. Sie sind alle vorher schon vorhanden, der Krieg öffnet aber auch den Blinden die Augen, sie zu sehen. Es ist ein wunderliches Verfahren, sich über die Raubtiere in den Wappen der Großstaaten zu entsetzen und den Traum von der internationalen Verständigung und ewigem Frieden zu träumen, dabei aber nach innen hin mit aller Rücksichtslosigkeit die Lage im Parteiinteresse auszubeuten. Da tut man ja selbst das mit der rechten Hand, was man eben für die linke Hand so feierlich verdammt hat.

Vielleicht dient es zur Klärung unseres Problems, wenn wir einen Augenblick auf die verschiedenartige Auffassung des Verhältnisses von Politik und Moral bei den Hauptgegnern des Weltkrieges, bei den Deutschen und bei den Angelsachsen, hinblicken. Es wird sich dabei eine verschiedene Grundauffassung zeigen, die an ihrem Teil das Wort unseres Kaisers von den zwei einander bekämpfenden Weltanschauungen rechtfertigt. Schon rein äußerlich fällt dem aufmerksamen Beobachter auf, daß die Engländer nicht müde werden, uns ein unmoralisches politisches System vorzuwerfen, während bei uns weitere Kreise in der Regel über die einzelnen unmoralischen Handlungen der Gegner — Baralong, King Stephen, Casement usw. — sich entrüsten.

Dieser Unterschied hängt aber, wenn ich recht sehe, mit gewissen Grunddifferenzen in den sittlichen Anschauungen der lutherischen und der anglocalvinistischen Länder eng zusammen. Unsere deutsche Auffassung geht in den Grundzügen auf

Luthers Gedanken zurück. Das Mittelalter wollte einst die Politik wie das gesamte soziale und staatliche Leben der Leitung der christlichen Moral unterstellen. Das göttliche von der Kirche ausgelegte Gesetz sollte auch der Staat anwenden, freilich nur in groben äußeren Umrissen, wie es seine niedere Natur erfordert. Konsequenter noch und klarer haben die Reformer des ausgehenden Mittelalters diesen Gedanken fortgeführt. Das „evangelische Gesetz“ sollte alle Schäden in Staat und Kirche bessern, jedem Recht schaffen und alles Unrecht aufheben. Dies Gesetz ist aber im letzten Grunde eine vernunftgemäße Regel, so daß alle vernünftigen Menschen ihm zustimmen können und sollen. Aber diese mittelalterliche Auffassung hat, wie bekannt, nur bewirkt, daß die kirchliche Moral politisiert und die Politik doch nicht moralisch wurde.

Dem ist Luther entgegengetreten durch eine zweifache Erkenntnis. Einmal lehrt er, daß Moral und Politik, Kirche und Staat, Glauben und Wissen nicht nur dem Grade, sondern der Art nach von einander verschieden sind und beide Gebiete somit ihr eigengesetzliches Dasein führen. Sodann erkennt Luther, daß die Moral nicht den gesetzlichen Charakter einer vorgeschriebenen Ordnung hat, sondern ebenso wie die Religion in das Gebiet des persönlichen freien Lebens und Wollens des einzelnen Menschen fällt, während der Staat auf einer äußerlich rechtlichen Zwangsordnung beruht. Der Staat kann und soll also nichts anderes erstreben als ein Zusammenwirken seiner Glieder zum Zweck der Erhaltung und Ordnung des Lebens eines Volkes. Hier gilt keine andere Regel als die vernünftige Zweckmäßigkeit. Und hier gibt es keinen höheren Erfolg als den, daß die Menschen zu gegenseitiger Förderung

eine feste Lebensordnung einhalten. Diese erstreckt sich im Sinn Luthers nicht nur auf die Herstellung der Rechtssicherheit, sondern auch auf die Durchführung eines fortschreitenden Kulturlebens. Dies beides wird aber dadurch erreicht, daß man die überkommenen geschichtlichen Ordnungen in Kraft erhält und sie in etwaigen Bedarfsfällen innerhalb ihrer selbst verbessert. Kluge Überlegung und sichere Entschiedenheit in der Handhabung der ihnen zu Gebote stehenden Rechts- und Machtmittel sind demnach die Aufgabe der Fürsten. Wenn sie außerdem christliche, ernst moralische Persönlichkeiten sind, so werden sie ihre Aufgaben besser, weil gewissenhafter und treuer, durchführen. Aber darum behalten diese Aufgaben immer ihren rein naturgemäßen, durch verständige Gesetze gebotenen Charakter und erlangen nicht etwa eine höhere christlich-moralische Geltung.

Man pflegt vor der Härte zu erschrecken, mit der Luther dem Bauernaufstand entgegentrat. Aber sie wird doch sofort begreiflich, wenn man ihren Grund versteht. Das war es, was Luther empörte, daß die Bauern ihr sozialpolitisches Programm mit der Autorität der christlichen Religion und Moral bekleideten und sich so von vornherein einer großen Lüge schuldig machten. Nicht minder widerstrebte ihm die Absicht, die ganze geschichtliche Lebensordnung um der Interessen eines Teiles des Volkes willen umzustoßen.

Es ist heute nicht unsere Aufgabe, den Staatsgedanken Luthers darzustellen und zu beurteilen. Es ist genug, wenn wir den Grundriß verstehen lernen. Luther hat ein kräftiges Bewußtsein von dem Staat als einer geschichtlich gestaltenden Lebensform besessen und er hat die alte deutsche Empfindung

von der inneren freien Einheit zwischen Leitern und Geleiteten geteilt. Der Staat war ihm doch nicht bloß eine Gewaltordnung, sondern auch eine Genossenschaft. Aber das große Problem, das sich aus seiner eigenen Entdeckung der Innerlichkeit und Freiheit des Menschenwesens ergab, nämlich wie jenes geschichtliche Formprinzip sich unbeschadet der persönlichen Freiheit und gerade in ihr durchsetzen kann, ist ihm nicht aufgegangen. Und doch ist der ethische Idealismus Luthers ein Hauptmotiv geworden zur Durchsetzung dieser Persönlichkeitsrechte im Staat, mag immerhin zunächst die politische Gedankenwelt Luthers den fürstlichen Absolutismus und die Untertanenhaftigkeit der Bürger gefördert haben.

Das hindert nicht, daß für die uns beschäftigende Frage bei Luther die Ansätze zu einer Lösung vorliegen, welche für die deutsche Auffassung maßgebend geworden sind. Der Staat wird als eine Größe des geschichtlichen Lebens angesehen, eine Ordnung des natürlichen Gesamtlebens nach den Gesetzen der Vernunft und der Zweckmäßigkeit. Die Moral dagegen ist freie persönliche Liebe zu Gott und den Brüdern. Der Staat ist nicht moralisch und handelt als solcher nicht moralisch. Aber die Bürger des Staates sollen moralisch sein und sie werden, wenn sie es sind, nicht etwa die Staatsordnungen denaturalisieren oder moralisieren, sondern sie werden in diesen Ordnungen treu wirken mit dem Bewußtsein, gerade als Glieder einer höheren sittlichen Lebensordnung zu der pflichtmäßigen Beobachtung und der zweckmäßigen Fortbildung der staatlichen wie der sonstigen natürlichen Ordnungen verbunden zu sein. Das Gesamtleben an sich ist nicht moralisch, aber sind seine Glieder moralische

Persönlichkeiten, so wird auch die höchste Moral in ihm Platz finden und es fördern.

Ganz anders hat sich die Anschauung auf dem angelsächsischen Boden unter den Einwirkungen des Calvinismus entwickelt. Calvin hat die Staatsordnung nach den Geboten Gottes herstellen wollen und er ist der Ansicht gewesen, daß die aristokratische Republik die ideale Staatsform sei, weil sie den Bürgern die Freiheit verbürge, sofern sie irgendwie doch auch an der Regierung beteiligt sind. Das sind antike und mittelalterliche Gedanken. Man hat den zweiten dieser Gedanken zunächst zurückstellen müssen. Aber auch der Gedanke von der Einrichtung des öffentlichen Lebens nach dem moralischen Gesetz hat sich nur in eigentümlich modifizierter Gestalt durchgesetzt. In den Niederlanden hatten sich in den Befreiungskämpfen des 16. Jahrhunderts die echten Calvinisten mit einer Gruppe von humanistisch und spiritualistisch gestimmten Reformern vereinigt. Aber diese großen Gegensätze stießen, nachdem der gemeinsame Gegner überwunden war, wieder scharf aneinander. Die Dordrechter Synode konstatierte den Bruch und hob die Verbindung auf. Aber diese ist dann auf englischem Boden während der Kämpfe Cromwells wieder erstanden und hat jetzt weltgeschichtliche Bedeutung gewonnen, indem der praktische allem Prinzipienwesen abholde englische Geist an ihr festhielt und sie den konkreten Verhältnissen akkommodierte. Es entsteht damit zugleich eine besondere Spielart des Calvinismus, die man als Anglocalvinismus bezeichnen kann. Zwar sollte jede religiöse Gruppe, sofern sie nur christlich ist, ihre Lehren und Bräuche behalten, aber sie alle vereinigen sich zugleich in der Anerkennung gewisser

religiöser und moralischer Wahrheiten. Und diese gelten für alle Staatsbürger und verleihen dadurch dem Staat eine Art religiösen und ethischen Charakters. Die Autorität, die nach Calvin den biblischen Gesetzen zukommt, wird übertragen auf gewisse moralische Grundwahrheiten, die im weiteren Sinn als christliche anzusehen sind. Diese Wahrheiten sind an sich nicht verschieden von den Gedanken des Naturrechts, aber sie treten mit moralischer Autorität auf und gelten im praktischen Leben als christlich und evangelisch. Auf dieser moralischen Autorität beruht die staatliche Ordnung. Diese ist nicht bloß ein Produkt der vernünftigen Überlegung der Zweckmäßigkeit innerhalb der natürlichen Entwicklung des Volkes. Der Staat ist nicht die oberste Autorität, sondern hinter ihm steht die Autorität der Moral. Aber nicht in den Dogmen der verschiedenen Kirchen kann und darf diese Autorität gesucht werden, sie wird ausgeübt von der „Gesellschaft“ oder von der diese beherrschenden öffentlichen Meinung.

Das ist der Demokratismus, der den angelsächsischen Ländern eigentümlich ist und der noch heute für sich christliche Autorität in Anspruch nimmt. So schrieb eine amerikanische Zeitung: „Demokratie ist Christentum als Staatserscheinung, Demokratie ist Christus als Prophet der allgemeinen Brüderschaft der Menschen. Demokratie ist Amerika als Befreier der Welt. Amerika ist der Idealismus, der die Führung der Welt übernimmt. Amerika ist Christentum im Kampf gegen die Dienstbarkeit des Imperialismus . . . Amerika ist die Fleischwerdung des barmherzigen Samariters unter den Völkern, gebend, leihend, helfend.“ Es ist derselbe Geist,

wenn Wilson der staunenden Welt seine Truppen als Kreuzfahrer vorstellte.

Und nun begreifen wir den Gedanken, daß der Gottesstaat, dessen Verwirklichung uns als ein stets zu erstrebendes und empirisch nie erreichtes Ziel erscheint, in England und Amerika verwirklicht sein soll, und daß das Angelsachsentum beansprucht, als ein Heiland der Welt Moral und Freiheit zu bringen. Freilich wer überlegt, daß die diesen Gottesstaat begründenden Ideale von Zeitungsschreibern und „Politikern" sowie den hinter beiden stehenden Großkapitalisten abhängen, dem wird diese Neugründung des Gottesstaates wenig einleuchtend erscheinen. Sehr viel höher stand da doch die altcalvinistische oder die mittelalterliche Auffassung, daß der Staat nach Gottes Geboten zu regieren sei. Aber in diesem Zusammenhang empfängt die eigentümliche Tatsache, daß im Kampf gegen Deutschland die katholischen romanischen Länder und die angelsächsischen Calvinisten sich die Hand gereicht haben, eine neue Beleuchtung. Für die beiderseitige Auffassung ist ja der Staat nicht eine göttliche eigengesetzliche Gründung, sondern der Mandatar, sei es der Kirche, sei es der öffentlichen Meinung der christlichen Gesellschaft. Diesen und nicht dem Staat kommt daher die maßgebende Autorität zu. Die Wahlverwandtschaft, auf die wir gestoßen sind, erklärt aber auch die in katholischen Ländern nicht seltene Vorliebe für demokratische Tendenzen. Aber schließlich führt diese Abhängigkeit der Politik von der Moral immer, umgekehrt, dazu, daß die Moral selbst politische Art annimmt. Unwillkürlich wird sie nach den rein staatlichen Tendenzen gemodelt. Daher ist die Glückstheorie in weitesten Kreisen für die englische

Moralanschauung maßgebend geworden. Moralisch ist das Handeln, das die Menschen, oder doch möglichst viele unter ihnen, glücklich macht. Das ist vom staatlichen Standpunkt her verständlich, jede echte Moral wird dadurch zerstört.

Die ungeheure Täuschung, die in diesen angelsächsischen Gedanken liegt, wird aber noch gesteigert, wenn man erwägt, daß die englische Politik stets die inner- wie außerpolitischen Fragen ausschließlich nach den Maßstäben des Erfolges und der praktischen Nutzbarkeit behandelt, freilich auch nie deren vermeintliche Moralität zu unterstreichen verabsäumt hat. Weder ist jemals die brüderliche Demokratie, von der man redet, hergestellt, an ihre Stelle trat in Wirklichkeit die Aristokratie oder die Plutokratie; noch sind die zahllosen Kriege Englands je unter einem anderen Stern als dem des härtesten Egoismus der besitzenden Klassen geführt worden, noch hat bis auf die neueste Zeit die Moral der englischen Politik sich zu erweisen vermocht. Schon im Jahre 1665 meinte der englische Admiral George Monck bei dem Kriege wider die Niederlande: „Was kommt es auf diesen oder jenen Grund an? Was wir brauchen, ist ein Stück mehr von dem Handel, den die Holländer jetzt haben." Und neuerdings schrieb wieder ein englischer Offizier: England gibt alle Arten von Gründen für den Krieg an, aber der Grund von allem ist der Handel. Aber trotzdem soll dies alles christlich und moralisch sein. So führt die Theorie mit Notwendigkeit zu der Doppelheit der Maßstäbe, die für den Engländer so charakteristisch ist. Der Erfolg ist alles und die Moral ist alles. Also muß, was zu Erfolg führt, moralisch sein und die Moral den Erfolg sichern. Nothing succeeds like success. Die furchtbare Selbst-

täuschung dieser Anschauung kann nicht besser ausgedrückt werden, als es die Oxforder Gelehrten getan haben mit dem Satz: „Es ist richtig, daß wir für unser eigenes Interesse kämpfen. Aber was ist unser Interesse? Wir kämpfen für das Recht, und das Recht ist unser oberstes Interesse."

4.

Der weltgeschichtliche Versuch, die Moral des Staates durch seine Abhängigkeit von der Kirche zu sichern, ist ebenso gescheitert wie der Versuch, dem Staat durch die Abhängigkeit von den moralischen Anschauungen der öffentlichen Meinung der christlichen Gesellschaft sittlichen Charakter zu verleihen, die Probe nicht besteht. Es soll keineswegs geleugnet werden, daß beide Anschauungen zeitweilig für gewisse Kreise der Bevölkerung von erzieherischem Werte gewesen sind, wie auch ihr Vorhandensein immerhin die Existenz ernster Kreise, die auf die Moral nicht verzichten wollen, bezeugt. Aber durch solche Erwägungen wird das Unmögliche nicht möglich. Es ist eine bloße Einbildung, daß die Tätigkeit des Staates oder die Politik jemals nach den Gesichtspunkten der privaten Moral durchgeführt werden könnte. Nicht in bösem Willen, sondern in der sachlichen Unmöglichkeit ist das begründet. Ich kann und soll in freier Liebe auf meinen Vorteil zugunsten einer anderen Person verzichten, aber ich begehe ein Verbrechen, wenn ich als Politiker einen Vorteil meines Volkes zugunsten eines anderen preisgebe; denn ich verzichte in diesem Falle ja nicht auf einen persönlichen Vorteil, sondern ich schädige die, deren Interesse wahrzunehmen meine Pflicht ist. Ich kann und soll den Glauben und die persönliche Begeisterung

für das Gute in allen Menschen erwecken, aber ich bin ein Tor, wenn ich die dauernden, notwendigen Ordnungen des öffentlichen Lebens auf solche Begeisterung allein aufbauen will. Wir können keine Fabrik und keine Schule, keine Stadt und keinen Kreis so leiten, wie sollte es dann bei den tausendfachen unendlich komplizierten Willensverhältnissen des ganzen Volkes möglich sein? Und wie sollte gar das Verhältnis der Riesenorganismen der Großmächte jemals nach den Regeln christlicher Liebe und gegenseitiger Rücksicht geordnet werden? Der Schweizer Theologe Ragaz schreibt: „Das Raubtierverhältnis, das Mißtrauen muß aus den internationalen Beziehungen weg. An Stelle der Machtpolitik muß eine Politik des Dienens, an Stelle der Raubtierpolitik die Menschenpolitik treten, was aber die Aufhebung dessen wäre, was man bisher Politik zu nennen pflegte." Man kann sich bei solchen Worten leider gar nichts denken. Nur fromme oder auch unfromme Unüberlegtheit oder dann der frevle Plan, im Nebel der Phrasen leichter in fremden Teichen fischen zu können, kann sich zu solchen Urteilen bekennen. Wir Deutsche haben keinen Anlaß, uns für derartige Phantastereien zu erwärmen, denn unsere Tradition stellt uns auf den sichereren Boden der Auffassung Luthers.

Heißt dies nun aber nicht, auf jede Moral im staatlichen Leben verzichten und die Staaten in der Tat als „große Räuberbanden", wie Augustin sagt, als Raubtiere auffassen? Muß nicht hier Macchiavellis Ideal vom Fürsten, der je nach den Umständen als Fuchs oder Löwe auftritt, aber sich immer in den Schleier moralischer Phrasen hüllt, in Geltung treten? Wenn man den leidenschaftlichen Worten, in denen

eine solche Kritik auftritt, Gedanken zu entnehmen versucht: so möchte man etwa auf folgende stoßen: Die Absicht des Staates ist unsittlich, denn er befolgt die egoistischen Tendenzen eines Volkes im Gegensatz zur Menschheit. Und seine Mittel sind unsittlich, denn er vergewaltigt die Menschen und nötigt sie dabei zu unsittlichen Taten. Für gewöhnlich denkt man hierbei zunächst an die äußere Politik, aber es gilt genau das gleiche auch von der inneren Politik. Wir wollen versuchen, diese Anklagen zu entgründen, indem wir das Verhältnis von Politik und Moral nach einigen Seiten hin positiv beleuchten.

Vor allem muß das wunderliche Mißverständnis vom staatlichen Egoismus abgestreift werden. Der Staat ist eben kein Ego wie die einzelne Person. Es ist daher auch kein Egoismus, wenn er die Lebensbewegung des Volkes im Gegensatz zu anderen Völkern zu behaupten strebt. Um was er ringt, regt die Arbeit und die Mühe langer Generationen an zu nutzbringendem Schaffen. Die selbstische Genußsucht auf Kosten der anderen, die den Egoismus kennzeichnet, ist also undenkbar in dem politischen Wirken des Staates. Es ist nur ein Spiel mit Worten, hier von Egoismus zu sprechen.

Wir erinnern uns sodann daran, daß es sich bei der Politik um Leitung des Gesamtlebens eines Volkes handelt, das in einem stetigen Werdeprozeß begriffen ist. Hieraus ergibt sich zunächst, daß die Politik unmöglich allen Individuen oder Gruppen gleichmäßig Glück schaffen kann. Denn was dem einen Glück bringt, gereicht dem anderen zum Unglück. Und in einem großen Entwicklungsprozeß werden naturgemäß die verschiedenen Teile des Organismus bald mehr, bald weniger

Lasten tragen. Das bedrückt den einzelnen zeitweilig, auch wenn die scheinbare Unbilligkeit der Lastenverteilung sich für das Ganze allmählich ausgleicht. Das nämliche gilt auch von den einander ablösenden Generationen. Es kann das Dasein ganzer Geschlechter in die Schatten des Winters oder in die hungrige Wartezeit der Aussaat fallen. Sie entbehren und leiden, damit es den Kindern oder Enkeln wohlgehe. Und umgekehrt, das helle Licht, in dem die eine Generation wandelt, wirft dunkle und kalte Schatten auf die nächste Generation. Man kann hieraus entnehmen, wie nichtssagend die Bestimmung des Staatszweckes als „Glück“ ist. Der Staat oder die Politik kann sich unmöglich an dem Glück der einzelnen Personen, Gruppen oder auch Generationen orientieren, sondern er kann nur auf die gesunde Gesamtentwicklung des Volkes hinschauen. Er muß Entbehrung, Not und Tod über Personen und Generationen verhängen, um Leben und Kraft des Volkes zu erhalten. Wer das unmoralisch nennen will, der vergißt, daß der Staat nicht die einzelnen Menschen als solche, sondern das Volk als Einheit zum Gegenstand seines Wirkens hat. Und dann, gibt es denn wirklich eine sittlich erziehende Liebe auch dem einzelnen gegenüber, die in jedem Moment nur Angenehmes sagen und tun dürfte?

Wir machen einen Schritt weiter. Das Ziel wie die Mittel der Politik müssen Wirklichkeiten sein. Nicht phantastische Pläne einer allgemeinen Weltbeglückung, nicht ein uferloser Imperialismus, nicht ein phäakenhaft behäbiges Glück dürfen das Ziel der Politik werden. Ihr handelt es sich nur darum, das Leben und die gesunde Kraft der Nation zu erhalten und ihrer Entwicklung die Bahnen zu erschließen. Das Ziel

muß den Mitteln proportional sein, daher dürfen die Mittel zu diesem Werk nur innerhalb der gegebenen realen Möglichkeiten gesucht werden. Nicht immer wird der Politiker im Hinblick auf diese Mittel in der Lage sein, vorwärts zu gehen. Es können in der Entwicklung auch Stockungen und Erstarrungen eintreten, die dazu nötigen, die Ziele kleiner zu nehmen und näher zu stecken. Nachlassen der natürlichen Fruchtbarkeit des Volkes, übermächtige wirtschaftliche Konkurrenz, Kriegsunglück, Erstarkung und Aufstieg der Nachbarn können in dieser Weise wirksam werden. Solch ein Rückzug stellt dem Politiker nach außen wie nach innen die allerschwierigsten Aufgaben. Es ist in der Regel viel schwieriger, den notwendigen Rückzug zu leiten, als das freudige Vorwärtsgehen. Alle solche Möglichkeiten sind aber eigentlich nur verborgene Wirklichkeiten, die dem Auge, das nur einen kleinen Ausschnitt überblickt, verborgen bleiben. Aber der große Politiker nimmt sie um so früher wahr, je mehr er die Gabe der Intuition, die das Wesen des Genies ausmacht, besitzt. Freilich, nicht immer stehen solche Begabungen zu Gebote. Dann gibt es ein Hin- und Hertappen, ein mühsames durch Schaden klug werden.

Aber zu dem positiven Fortschreiten wie zu dem negativen Zurückbleiben kommt immer noch erschwerend hinzu, daß das Objekt des Politikers ein überaus empfindlicher und beweglicher Lebensprozeß ist. Die Lage kann sich plötzlich verschieben, Hindernisse und Förderungen, die nicht vorherzusehen waren, können aufkommen. Deshalb muß der Politiker über die Beweglichkeit und die innere Freiheit von Programmen und Dogmen verfügen, um sein Handeln den neuen Realitäten

anzupassen. Nichts vielleicht ist an der englischen Politik so bewunderungswürdig, wie die Geschicklichkeit, jede sich darbietende neue Situation auszunützen.

Der einzige feste Orientierungspunkt der Politik bleibt somit das Leben des eigenen Volkes. Das gilt von der inneren Politik ebenso wie von der äußeren. Fordert es die Lebenseinheit des eigenen Volkes, so müssen innere Änderungen vorgenommen werden. Auch das Leben der Völker bewegt sich keineswegs immer in stetiger Entwicklung, auch hier treten plötzliche Eruptionen auf, ein Herausschleudern bisher verborgener und zurückgehaltener Kräfte. Unterdrückte Evolutionen brechen dann wohl in erschreckenden Revolutionen hervor und in wenigen Jahren werden die Werke von Jahrhunderten zerstört oder werden Stoffe für die Arbeit vieler Generationen gewonnen. Aber auch dann ist an der Einheit der Lebenskraft nicht zu verzweifeln. Die Lebenseinheit bedingt aber auch eine Rücksichtnahme auf die übrigen Völker, denn sie ist nur in dem Maße gesichert, als sie diesen die Lebensentwicklung nicht abschneidet. Jede gesunde Politik wird daher sowohl den verschiedenen Klassen des eigenen Volkes die ihrer Kraft entsprechende Lebensentwicklung eröffnen als auch den übrigen Völkern ihre Lebensentwicklung nicht verlegen, mag sie sie auch nach dem Maße der wirklichen Kräfte beschränken. Aber diese Rücksichten werden vom Standpunkt der Politik her lediglich unter dem einen Richtpunkt der freien Lebensentwicklung des eigenen Volkes eintreten dürfen. Aber eben deswegen ist keine Politik vernünftig und dauerhaft, die es auf Entehrung, Knechtung und Ausbeutung anderer Völker absieht.

BIBLIOTH. UNIVERSITAT

Dies ist der feste Punkt in jeder Politik nach innen wie nach außen. Wie aber dieser Grundsatz auf die gegebene Lage anzuwenden ist, das hängt von der genauen Erwägung dieser unter dem angegebenen Gesichtspunkt ab. Ob man sich etwa für oder wider Demokratisierung, für oder wider Annexionen und Kriegsentschädigungen aussprechen will — das darf nie von irgendeinem vermeintlich moralischen Dogma abhängig gemacht werden. Da hängt die Entscheidung lediglich von der Einsicht in die Lebensnotwendigkeiten des eigenen Volkes und von der Erwägung der gegebenen Realitäten ab. Der Frankfurter Friede ist anders ausgefallen als der Nikolsburger Friede und beide Werke loben ihren Meister. So gibt es nur ein Dogma in der Politik. Es hat formalen Charakter: Handle so, daß die realen Kräfte deines Volkes zu der durch die Wirklichkeit ermöglichten Lebensentfaltung gelangen.

Das ist Realpolitik. Sie ist aber eben als solche nie eine bloße Machtpolitik, sondern sie hat es mit an erster Stelle mit den realen Imponderabilien der eigenen wie der fremden Volksseelen — wie Moral, Religion, nationales Bewußtsein — zu tun. Ist aber die Wirklichkeit der maßgebende Orientierungspunkt aller Politik, dann muß die Politik wahrhaftig sein und die Lüge vermeiden. Man lügt aber in der Politik nicht minder, wenn man an sich reißt, was einem nicht zusteht und was man nicht behaupten kann, als wenn man das preisgibt, was man braucht und was zu behaupten man die Kraft hat. Das ist die Wahrhaftigkeit in der Politik als die Anerkennung der Realität auf physischem wie geistigem Gebiet. Und weil sie die Wirklichkeit erfaßt, darum ist solche wahrhaftige Politik der Weg zum inneren und äußeren Frieden,

während jede die Wirklichkeit verleugnende innere und äußere Politik, sie mag nun zu viel fordern oder zu wenig, immer nur Stoff für neue Unruhen schafft. Wollte man dieser Forderung der Wahrhaftigkeit etwa gegenüberstellen, daß die Politiker doch oft lügen, so wird es genug sein an der Gegenfrage, in welchem Lebenskreise denn nicht gelogen wird. Nicht darum, daß Schmutz und Unrecht sich einer Lebensfunktion anheften, handelt es sich, sondern darum, ob diese so beschaffen ist, daß sie ohne Schmutz überhaupt nicht bestehen kann. Das kann aber von der Politik genau ebenso wenig gesagt werden als etwa vom Handel oder der Industrie, der Landwirtschaft oder der Wissenschaft. Und darauf kommt es hier an. Die Politik ist ihrem Wesen nach nicht unmoralisch.

Aber hier stocken wir. Eine Fülle von Einreden erhebt sich. Man verweist etwa darauf, daß schon in das Fundament vieler Staaten ein Stein Unrecht eingemauert ist, oder daß die großen politischen Bewegungen, die zu Verfassungsänderungen führen, so oft mit formalem Unrecht behaftet sind, oder daß der Schwächere bei den Friedensschlüssen nicht selten unterdrückt worden ist. Das alles kann natürlich nicht in Abrede gestellt werden. Aber es beweist an sich doch nur, daß in der Politik wie auch anderwärts Unrecht geschieht, nicht aber, daß Politik Unrecht ist. Im einzelnen werden die Fälle sehr verschieden liegen. Es kann bei einer erzwungenen Verfassungsänderung, materiell betrachtet, das Richtige und Gute geschehen sein, nur daß man formell wider altes Recht verstieß, weil man eben neues einführen mußte. Es kann der Schwächere zurückgedrängt worden sein, weil

ihm die Kraft geschichtlichen Lebens, die seine Stellung im Ganzen des politischen Lebens erfordert, abhanden gekommen war. Da kann von moralischem Unrecht nicht gesprochen werden. Anders liegt die Sache, wenn das Unrecht seine zerstörende Kraft fortdauernd offenbart, wenn es dauernde Schädigung des Benachteiligten und fortgesetzte Lebensunterbindung ist. Man denke etwa an die Herrschaft Englands in Irland. Da hat die Weltpolitik, aber auch die Politik des einzelnen Volkes das lebhafte Interesse daran, daß das Unrecht aufgehoben werde und die dazu sich bietende Gelegenheit ist somit wahrzunehmen. Aber wohl in der Mehrzahl solcher Fälle historischen Unrechts ist dies verjährt. Es kann gar nicht ungeschehen gemacht werden, denn dadurch würde statt Nutzen Schaden, statt Recht neues Unrecht geschehen. Wenn die Wunden vernarbt sind oder am Vernarben sind, soll man sie nicht wieder aufreißen. Wenn sich die neuen Verhältnisse konsolidiert haben, ist es Schaden für alle, die alten künstlich wiederherzustellen. Das ist der sittliche Hintergrund im Rechtsbegriff der Verjährung. Und in dem politischen Leben tritt die Verjährung unter Umständen erstaunlich schnell ein. — Es liegt also nicht im Wesen der Politik, unmoralisch zu sein.

5.

So geht die Politik oder der Staat als ihr Träger den königlichen Weg der Lebenserhaltung und Lebensförderung des eigenen Volkes. Sie leistet gerade in dieser Beschränkung einen sicheren Beitrag zur Förderung des Gemeinwohls der Menschheit. Und hier eröffnet sich nun der Blick auf die

positive Beziehung von Politik und Moral und auf die Frage, ob die Politik die Menschen zum Unrecht zwinge. Eines ist uns ja jetzt klar geworden, nämlich daß die Politik die Regeln ihres Handelns nicht der Moral entnimmt. Wo man das behauptet, denkt man entweder an bloßen Schein oder an eine Unwahrheit, die eine corruptio optimi pessima in sich trägt. Demgegenüber besteht die wirkliche Beziehung der Politik zur Moral in folgenden Punkten.

Zunächst schafft erst die Politik die Möglichkeit der Einwirkung der Moral auf ein Volk, denn sie stellt die geordneten und lebenskräftigen Beziehungen her, innerhalb welcher der Mensch fähig wird, moralische Ideale festzuhalten und geltend zu machen. — Sodann kämpfen Politik wie Moral gemeinsam, wenn auch mit ganz verschiedenen Mitteln, wider den gleichen Feind. Es ist der böse selbstsüchtige Trieb in den einzelnen Menschen. Wenn etwa dieser Egoismus das Gesamtwohl dem Wohl der eigenen Person oder Klasse zum Opfer bringt oder wenn er durch willkürliche Beschränkung der Kinderzahl nationalen Selbstmord übt, so ist das für den Zweck des Staates wie für das moralische Ideal zerstörend. Wider den Egoismus gehen Politik wie Moral an und in diesem Kampf werden sie sich in der Praxis des Lebens immer verbünden. Es gibt keine Moral ohne den Staat, aber es wird auch nie einen gesunden Staat ohne Moral geben. Daher finden wir auch immer in der Geschichte, daß lebensstarke Staaten, die die Kultur zu fördern bestrebt sind, auch Sinn und Interesse für die die Religion und Moral pflegenden Einrichtungen, wie vor allem die Kirchen, haben. Dabei lehrt die geschichtliche Erfahrung, daß Religion wie Moral in dem

Maße erstarken und wirksam werden, als sie sich frei aus sich entfalten, dabei vom Staate vielleicht unterstüzt, aber nicht verstaatlicht werden.

Aber mehr noch. Nicht selten wird die Politik geradezu sich von Einwirkungen der Moral leiten lassen. Diese Leitung ist, wie wir sahen, nicht eine direkte, als würden die politischen Ziele nach moralischen Motiven gestaltet, sie vollzieht sich vielmehr auf indirektem Wege. Wenn in einem Volke die christliche Sittlichkeit eine reale, das Leben bestimmende Kraft ist, dann kann die Politik gar nicht anders, als mit dieser Kraft in der Gesetzgebung und Verwaltung zu rechnen. Sie macht nicht christliche Gesetze, aber sie macht Gesetze, wie sie für ein Gemeinwesen, in welchem das Christentum eine lebendige Macht ist, erforderlich sind. Nicht direkt, sondern indirekt wirkt somit die Moral auf die Politik ein. Das ist der große Gedanke Luthers und auf derselben Linie hat sich auch die Bismarcksche Politik auf einem ihrer Höhepunkte gehalten. Es ist lehrreich, sich daran zu erinnern, daß Bismarck seine heute von der ganzen Welt bewunderte sozialpolitische Gesetzgebung nur unter dem zähen Widerstand der Vertreter des demokratischen Freiheitsprinzips hat durchsetzen können. Dem entspricht es aber, daß sich seine Begründung dieser Gesetze auf dem Boden der lutherischen Tradition bewegt. Bismarck erkannte, daß die sozialen Ideen der christlichen Moral eine Macht im Volk waren, mochten sie, wie er sagte, in einigen Kreisen auch nur in „fossilem Zustand" erhalten sein. Diese Realität war es, die ihn in rein politischen Erwägungen zu der sozialpolitischen Gesetzgebung trieb und sie zugleich ermöglichte. Hier ist nichts von der

christlichen Politik der Bauern und Schwärmer der Reformationszeit, sondern hier handelt der Staat im Sinn Luthers nach rein vernünftigen Erwägungen der Zweckmäßigkeit, aber zugleich im Hinblick auf den realen sittlichen Geist des Volkes.

6.

Dieser Gesichtspunkt ist für unser Problem maßgebend. Es gibt Kreise, die in Angst und Sorge darüber sind, daß die christliche Moral die Schrecken des Krieges nicht habe verhindern können. Sie klagen deshalb entweder die Kirche oder den Staat oder auch gewisse ihnen unsympathische politische Gruppen an und werden nicht müde, ihnen die Schuld für den Krieg und seine Dauer aufzubürden. Fast kann es bisweilen darnach aussehen, als wäre es eine Probe tiefer Sittlichkeit und politischer Einsicht, das eigene Nest möglichst ausgiebig zu beschmutzen. Aber auf diesem Wege, der doch wieder nur eine Nachahmung angelsächsischer Methoden, freilich in deutscher Ehrlichkeit, ist, läßt sich nichts erreichen außer einem gewissen „Defaitismus", den doch niemand will. In der Moral handelt es sich um ganz andere Wege, wenn etwas zustande kommen soll. Kämpft um die Herzen der Menschen, erfüllt sie mit heiligem Sinn und gebt ihnen den Schwung einer ewigen Bewegung, und die Menschen werden Mut und Freudigkeit gewinnen, das Unabwendbare zu tragen und das ihrige zu tun, die Not zu mildern! Und dieser Weg wird auch zwar kaum jemals zu einem „ewigen Frieden" führen, vielleicht aber dazu, daß die Staaten weniger frivol und skrupellos, als es in diesem Kriege geschehen ist, in den Krieg eintreten. Dieser Weg

wird auch dazu förderlich sein, daß die Unbarmherzigkeit gegen Frauen, Kinder, Verwundete und Gefangene eingeschränkt wird. Und derartiges ist nicht nur in bezug auf den Krieg und seine Nöte zu erwarten, sondern in dem Grade, als echte Moral eine wirksame Realität in dem Leben des ganzen Volkes wird, wird die Politik genötigt sein, diese Realität zu berücksichtigen. Je mehr ernste moralische Menschen es in einem Volke gibt, desto mehr sittliche Persönlichkeiten werden an seiner Leitung beteiligt sein, desto mehr werden die unlauteren Mittel im politischen Kampf schwinden. Das ist ein wirkliches Zukunftsziel, das auch den Kirchen nicht genug eingeschärft werden kann. Man arbeite mit aller Kraft um die Ausbreitung und Vertiefung des religiösen und sittlichen Sinnes. Wenn die Menschen dann besser werden, wird es in der Welt besser stehen. Das ist ein Ziel, das unendlich viel mehr Erfolg verheißt, freilich auch viel mehr Mühe erfordert, als die wiederauflebenden chiliastischen Gedanken von großen Völkerverbrüderungen mit einem ewigen Frieden. In stiller Arbeit an den Herzen der Menschen fange man an, nicht mit politischen Moralprogrammen auf den Parlamentstribünen oder in den Volksversammlungen. Auch hier soll man mit realen Zielen rechnen. Die Politik bessert die Verhältnisse und eröffnet dadurch die Möglichkeit des moralischen Verhaltens in einem Volk, die Moral bessert das Verhalten der Menschen und stützt und hebt dadurch die von der Politik hergestellten Verhältnisse.

Darüber werden wir jetzt einig sein, daß die Politik nicht unmoralisch ist oder daß weder ihre Zwecke unlauter sind, noch die zu diesen Zwecken erforderlichen Mittel. Aber

trotzdem kann von der Politik als solcher nicht gesagt werden, daß sie moralisch ist. Sie erhält das Leben des Volkes mit allen Mitteln, die hierzu geeignet sind. Das ist an und für sich ebenso wenig etwas Moralisches als Kinder zeugen, Handel treiben oder Kranke heilen. Die Politik ist daher nicht als gut oder böse zu bezeichnen, sondern sie kann zweckmäßig oder unzweckmäßig, klug oder unklug, weitblickend oder kurzsichtig sein. Da nun aber eine kluge und weitblickende Politik gesunde Verhältnisse in einem Volk schafft und dadurch indirekt das moralische Leben fördert, wird man eine solche zweckmäßige Politik in ungenauerer Rede wohl als moralische Politik bezeichnen dürfen. Aber an sich bleibt Politik Politik und Moral Moral. Der alte Bismarck hat einmal in sehr lehrreichen Worten zwar für die Moral den kategorischen Imperativ Kants anerkannt, aber zugleich von seinem Wirken erklärt: „wenn ich zu handeln hatte, habe ich mich niemals gefragt: nach welchen Grundsätzen handelst du nun? sondern ich habe zugegriffen und getan, was ich für gut hielt.“

Ist nun aber die Politik nicht unmoralisch, aber auch nicht moralisch, so wird doch der Politiker als Persönlichkeit stets moralisch oder unmoralisch sein. Wenn der Politiker in dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit für das Leben seines Volkes, ohne rechts oder links zu blicken, nach bestem Wissen und Gewissen handelt, so ist dies sein Tun moralisch, der Erfolg mag ihm hold oder unhold sein. Wenn er dagegen sein Handeln mitbestimmt werden läßt durch die Rücksicht auf seine Popularität, auf die Wünsche seiner Parteigenossen oder auf die Erhaltung momentaner Ruhe unter Verpassung der richtigen Gelegenheit zum Fortschritt, so handelt er un-

moralisch. Hier wird man den tieferen moralischen Sinn der Einrichtung verstehen, die die oberste Spitze der Regierung nur Gott verantwortlich sein läßt und die die Minister nicht in die Versuchung bringt, die von dem Parteiminister unabtrennbar ist. Nicht nur Minister oder Generale handeln moralisch, wenn sie in dieser Weise das tun, was die Pflicht gegen ihr Volk ihnen gebietet, sondern dasselbe gilt auch von dem Wirken des jüngsten Soldaten und der letzten Straßenbahnschaffnerin. Es ist eine moralische Tat, daß sie ihre Kräfte der Not ihres Volkes zu Gebote stellen. Nicht die Politik als solche ist moralisch, aber der in der Politik handelnde Mensch, er leite nun oder werde geleitet, kann und soll sein Wirken als Mittel zur Erreichung des höchsten Ideals gestalten und demgemäß in freier sittlicher Liebe ausführen.

7.

Diese Bemerkungen über Politik und Moral müssen aber schließlich noch einer Probe unterzogen werden. Läßt sich in dem Rahmen dieser Staatsauffassung die persönliche Freiheit des einzelnen Individuums behaupten? Nach angelsächsischer Auffassung besteht die Freiheit wesentlich in der Unabhängigkeit des äußeren privaten Lebens von Eingriffen der Staatsgewalt. Dazu kommt noch das Bewußtsein, daß man durch Zugehörigkeit zu der regierenden Partei gewissermaßen an der Volksleitung beteiligt werden kann. Dies Hochgefühl wird aber illusorisch, sobald man die Ohnmacht des einzelnen Wählers der Parteileitung gegenüber erwägt. Vollends leer ist aber jenes Pochen auf die äußere Freiheit vom Staat angesichts der kläglichen Abhängigkeit in den wirklich bedeutungs-

vollen Dingen des Lebens von der öffentlichen Meinung. Niemand hat diesen völligen Mangel an einer Freiheit, die des Namens wert ist, bei den Engländern so überzeugend dargelegt wie John Stuart Mill in seinem Buch „On the liberty“.

Die deutsche Auffassung kennt eine derartige Freiheit vom Staat nicht. Das bringt gewiß manche Unzulänglichkeiten und Unbequemlichkeiten mit sich. Das bureaukratische System mit seiner Vorherrschaft der geschäftlichen Routine und seinem Glauben an das Übliche dient — zumal im Hinblick auf die leitenden Stellen, die das Neue sehen und schaffen und sich es nicht erst abringen lassen sollen — nicht immer zur Rechtfertigung des Sprichwortes, daß Gott dem auch Verstand gebe, dem er ein Amt gibt. Es laufen auch über unseren Boden noch manche morsche Zäune aus dem alten Polizeistaat. Sie könnten abgebrochen werden, ohne daß irgend etwas darüber zu Schaden käme. Und die zähe Sicherheit des bureaukratischen Systems würde vermutlich sich als fruchtbarer erweisen, wenn für die leitenden Stellen weder die bureaukratische Schulung noch auch die politische Parteizugehörigkeit Vorbedingungen wären, sondern der Reichtum an neuen Ideen und die Tatkraft zu ihrer Durchführung. Aber schließlich handelt es sich dabei um Mängel, die unschwer abgestellt werden können und um Äußerlichkeiten und Kleinigkeiten und wir sollten nicht Engländern und Amerikanern den Gefallen tun, alsbald mit ihnen um die Wette darüber zu schelten. In der Hauptsache, in der Freiheit der moralischen Persönlichkeit haben wir einen weiten Vorsprung vor ihnen. Unser Staat läßt uns bei der Beschränkung seines Wirkens auf gesetzliche Ordnungen einen weiten Spielraum

innerer Freiheit, wie die Herrschaft der öffentlichen Meinung bei den Angelsachsen ihn niemals bieten kann. Wir sind nicht frei vom Staat, aber wir sind frei im Staat. In unserer Geschichte ist diese innere geistige Freiheit, wie sie der Auffassung der Persönlichkeit in dem deutschen Idealismus entspricht, immer vielseitiger und tiefgehender zu einer Ergänzung der geschichtlichen Formmacht des Staates geworden. Sie tritt bei uns vielfach in anderen Formen auf wie bei den Angelsachsen oder den Romanen. Aber es ist ungebildet, von allen Bäumen dieselben Früchte zu erwarten. Wie das Leben überhaupt dort am reichsten ist, wo es nicht Abschlüsse und Lösungen zeigt, sondern drängende Spannungen schafft, so ist die Spannung zwischen den objektiven Mächten der Geschichte und den freien Organen ihrer Aneignung, wie sie unsere Geschichte in steigendem Maße begleitet, kein Zeichen des Mangels, sondern ein Antrieb zu hoffnungsstarker Arbeit mit der frohen Bereitschaft, im rechten Moment zu ändern, was zu ändern ist. Starrer Konservatismus ist nicht deutsche Art.

8.

Der Fragenkomplex, über den wir heute gesprochen haben, wird in den nächsten Jahren sicher oft diskutiert werden. Die großen Kriege lassen einerseits den Wert der Güter, um die sie gingen, steigen, sie erwecken aber auch andererseits im Hinblick auf die Opfer, die diese Güter kosteten, Bedenken an ihrem Wert. So ist es nach dem Dreißigjährigen Kriege gewesen und ähnlich war es auch nach den Befreiungskriegen. So werden auch wir nicht nur eine

Steigerung in der Schätzung deutscher Art sowie unserer nationalen Lebenseinheit im Staat erfahren, sondern es wird auch mit Gründen der Moral eine Umbildung der geschichtlichen Grundrichtung unseres Staates sowie eine internationale Verbrüderung empfohlen werden. Und es ist keine Frage, daß man derartige angelsächsische Ideen von auswärts her uns auf das lebhafteste anraten wird. Die Geschichte einer Anzahl maßgebender politischer Ideen von dem 14. bis zum 19. Jahrhundert hat den gemeinsamen Gang durchlaufen, daß sie zunächst in England nach praktischem Bedarf rein empirisch aufgestellt wurden, daß sie dann in Frankreich verallgemeinert und rationalisiert wurden, während dann schließlich Deutschland sie idealisierte und ihre Prinzipien kritisch analysierte. So ist dafür gesorgt gewesen, daß die anglofränkische Ideenentente uns doch nicht allzu unmittelbar ergriffen hat. Wir wollen daher auch jetzt zusehen, daß wir fortschreiten, aber fortschreiten auf der Bahn unserer geschichtlich erworbenen Eigenart.

In dem gewaltigen Kampfe, der die Menschheit heute in zwei Lager zerspaltet, handelt es sich zuhöchst um den Gegensatz zweier ganz verschiedener politischer Systeme und um eine verschiedene Anwendung der Moral auf das öffentliche Leben. Welches dieser Systeme ist stärker, welches gießt mehr Stahl in das Blut und verleiht tiefere Energie dem Wollen? Ist die schlichte persönliche Moral stärker oder ist es die politisierte Moral? Erzeugt der im Staat verkörperte nationale Wille zum Leben die dauerhaftere Energie oder tut es die moralisierte Politik der öffentlichen Meinung? Das ist der Kern der Frage, wie er gerade in diesem letzten Stadium

ungültig

des Weltringens immer deutlicher hervortritt. Aber die Antwort auf diese Frage darf nicht nur nach den äußeren Erfolgen, die schließlich eine ungeheure Übermacht erlangen mag, gegeben werden. In weit höherem Grade hängt sie von den inneren Kräften und Früchten ab, die die Völker in diesem Ringen erwerben. Die zermürbende seelische Wirkung einer langjährigen Kriegsdauer ist natürlich unendlich viel stärker, wenn der Krieg von einem Volksheer geführt wird als wenn ein Söldnerheer ihn führt. Es ist das erste Mal in der Geschichte, daß diese furchtbare Probe von den Völkern Europas bestanden wird. Da heißt es alle Kräfte der Moral zusammenzunehmen und alle Energie des politischen Wollens zu erwecken, um nicht innerlich in all dem Grauen und Elend zusammenzubrechen oder — was noch schlimmer ist — in dumpfe Stumpfheit zu versinken.

Diesem Zweck möge an ihrem Teil auch die Arbeit unserer Universität in diesem Jahre dienen. Nur ein kleines Häuflein von uns ist übrig geblieben. Die Posaunen der Zuversicht erklingen minder hell als bisher und der dumpfe Klang des Nebelhornes des Trübsinns droht sie zu übertönen. Aber kein äußerer Feind ist so drohend als diese innere Gefahr des Erfrierens. Gott schenke da unserer Jugend warme Herzen und einen starken Mut, daß wir Alten an ihnen warm werden! Ein Sturm wie noch nie seit den Tagen der Völkerwanderung braust über Europa hin — ist es ein Frühlings- oder ein Herbststurm? Aber aus dem Heulen und Pfeifen, dem Ächzen und Wimmern des Sturmes tönt an unsere Herzen und Gewissen eine gewaltige Melodie:

Wachet auf, ruft uns die Stimme
der Wächter sehr hoch auf der Zinne.

. . . . . .

Wohlauf, der Bräutgam kommt,
steht auf, die Lampen nehmt!

Möge der heilige Ernst der Pflichterfüllung in unserem Beruf und in der treuen Hingabe an das Vaterland wie ein Echo antworten dieser Wächterstimme! Dazu mahnt uns so mancher große Meister, der einst bei uns wirkte, von Fichte und Schleiermacher bis auf Treitschke und Wagner. Dazu rufen uns auf die vielen von unseren Brüdern, die ihr Blut auf fremdem Boden vergossen haben. Märtyrer der Freiheit und der Kultur der Welt waren sie, denn noch heute gilt das stolze Wort, das der Mann auf dem Bilde hinter mir soeben auszusprechen sich anschickt: „Es ist kein Ausweg: wenn ihr versinkt, so versinkt die ganze Menschheit mit, ohne Hoffnung einer einstigen Wiederherstellung.“

In ehrfürchtiger Erinnerung an die Großen vor uns und an unsere heimgegangenen Kommilitonen und im heiligen Bewußtsein der Pflicht in großer Zeit lassen Sie uns schließen mit den Weiheworten unseres Dichters:

Die Zukunft decket
Schmerzen und Glücke
schrittweis dem Blicke,
doch ungeschrecket
dringen wir vorwärts.

Und schwer und ferne
hängt eine Hülle
mit Ehrfurcht. — Stille
ruhn oben die Sterne
Und unten die Gräber.

. . . . . .

Doch rufen von drüben die Stimmen der Meister,
die Stimmen der Geister:
Versäumt nicht zu üben die Kräfte des Guten,
hier winden sich Kronen in ewiger Stille,
sie sollen mit Fülle die Tätigen lohnen.
Wir heißen euch hoffen!

KÖNIGL. TIERÄRZTL. HOCHSCHULE BERLIN BIBLIOTHEK
ungültig

10. Aug. 1971
8. März 1977